

zeitungsdebit seien, nämlich ungefähr 5 Millionen gegenüber den mehr als 200 Millionen, die aus dem Briefverkehr eingenommen würden, obwohl eben 937 Millionen Stück Zeitungsnummern im Jahre befördert werden. Es ist mit Recht gesagt worden, daß das Resultat recht steigerungsfähig sei. Sie werden die Kampfweise eines Teiles der Presse, die mangels sachlicher Gründe zu den schmächtigsten Anfeindungen Zuflucht nimmt und durch Schlagworte — ich werde noch darauf zurückkommen — das Publikum irre zu führen sucht, wohl ebenso verurteilen wie ich. Ich möchte nur zur Kennzeichnung Ihnen einige Stilblüten vorlesen, um Ihnen zu zeigen, mit welchen Kraftworten da gearbeitet wird. So lautet ein Kraftwort »geistige Brunnenverstopfung«; als »Wechselbalg« wird die Vorlage bezeichnet in den »Dresdner Nachrichten«, die jetzt bei einem Durchschnittsgewichte ihrer Nummer von 59 g nur $\frac{9}{10}$ s bezahlen (hört, hört!), künftig aber 1 s bezahlen sollen. Das »Berliner Tageblatt«, das gegenwärtig bei 45 g für die Nummer $\frac{62}{100}$ s, künftig $\frac{83}{100}$ zu zahlen hat, sieht in dem Tarif eine »Schwächung der Konkurrenzfähigkeit des deutschen Volkes«, einen »Schutz Zoll gegen die Ueberschwemmung mit Bildungsmaterial«. (Heiterkeit.) In das gleiche Horn stößt natürlich auch die »Berliner Morgenzeitung«; sie bezeichnet den Tarif als eine »künstliche Verteuerung der geistigen Nahrung« und als »eine ebenso große Versündigung am Volke, wie der Brotwucher« (Heiterkeit), — das alles, weil das Blatt künftig statt wie jetzt $\frac{25}{100}$ $\frac{74}{100}$, also nahezu $\frac{3}{4}$ s zahlen soll. Inwieweit diese Blätter, wie auch der »Breslauer Generalanzeiger« und auch eine Menge kleiner Blätter, z. B. das Hildburghausener, die von einem »Frevell am deutschen Kulturzustand, von kulturfeindlichen Bestrebungen« sprechen, gerade als der Ausbreitung der Kultur gewidmete Preßerzeugnisse bezeichnet werden können, das kann ich wohl dem Urteil der Herren hier überlassen. Ich möchte noch ein anderes Blatt anführen — wie weit es Verbreitung hat, habe ich nicht genau feststellen können — es ist die Vereinszeitung der Zeitungsverleger — man muß annehmen: ein wenigstens in diesen Kreisen sehr verbreitetes Blatt; es schreibt:

»Dieser Entwurf ist die entartetste Mißgeburt, die je gezeugt wurde, (Große Heiterkeit) ein Hohn auf die vielgerühmte deutsche — wollte sagen: Berliner Intelligenz; denn am grünen Tische der Reichshauptstadt ist ja das elende Geschöpf zur Welt gebracht worden, eine Schmach im Hinblick auf Recht und Gerechtigkeit. Wir können es begreifen, daß die zwei Duzend Kommissions-, geheime Kommerzien- und sonstigen Räte, die als Verleger sogenannter großer Parteiblätter zu ihren Millionen noch gerne einige hinzugehamstert hätten, die Post scharf machten, den Zeitungstarif doch so einzurichten, daß die Mehrzahl der Verleger etwas mehr davon abbekommen und die Minderheit der Millionäre etwas erleichtert werde, weil das ja sonst in deutschen Landen häufig gang und gäbe sei. Das können wir begreifen; es wundert uns nicht einmal. Nicht begreifen aber können wir es, daß eine Behörde wie das Reichspostamt, das gerade den Verkehrsinteressen dienen soll, sich zu gunsten einer nimmersatten Clique herbeiließ, eine Aenderung des bestehenden Tarifs überhaupt anzustreben.«

»Die meisten der genannten Blätter, wie auch ein großer Teil anderer Blätter, die bei ihrem häufigen Erscheinen und großen Umfange eine Verteuerung, oder vielleicht richtiger gesagt Verminderung ihres hohen Verdienstes erleiden werden, treten natürlich für die Belassung des bestehenden Tarifes ein; sie machen geltend, die Presse dürfe in der Entwicklung nicht gehemmt werden, auch nicht als Versuchsobjekt fiskalischer Besteuerung dienen, die teureren, von besser situierten Lesern gehaltenen Zeitungen könnten mehr bezahlen; der neue Tarif sei zu kompliziert; er schädige die Papierindustrie, begünstige die sozialdemokratische Presse, begünstige 23 große politische Zeitungen und schädige 5400 billige Blätter.

»Diese letzte Angabe ist vollständig unrichtig. Von den 5713 Zeitungen im Reichspostgebiet werden 1585 oder 28% billiger, 415 oder 7% bleiben unverändert, 3713 werden teurer, aber, was ich besonders zu beachten bitte, 2231 davon oder 60% nur höchstens um 40 s im Jahre (Heiterkeit), also 10 s im Quartal.

»Ebenso unhaltbar wie die eben widerlegten unrichtigen Zahlenangaben über den Umfang der Verteuerung sind die sonstigen Einwendungen gegen den Tarif. Ganz besonders muß ich mich dagegen verwahren, als solle durch den Tarif besonders die sozialdemokratische Partei begünstigt (Heiterkeit und Zuruf bei den Sozialdemokraten), eine andere geschädigt werden. Die Preßerzeugnisse aller Parteien werden gleichgestellt. Tatsächlich werden auch die sozialdemokratischen Zeitungen, deren Preis und infolgedessen auch die Zeitungsprovision gering ist, unter dem neuen Tarif teurer. Dem Wunsche, die Zeitungsgebühr nach dem Werte der Zeitungen, nach der Wohlhabenheit oder der Armut der Abonnenten zu bemessen, kann unmöglich die Reichspostverwaltung entsprechen.

»Nachdem ich eingangs, meine Herren, meinen ablehnenden Standpunkt den Wünschen auf Beibehaltung eines Prozentsatzes vom Einkaufspreise gegenüber klargelegt und begründet habe, darf ich nun noch auf die Anfeindungen eingehen, die gegen die Berücksichtigung des Gewichts geltend gemacht werden. Wenn angeführt wird, daß die Leistung der Post in erster Linie von der Häufigkeit des Erscheinens abhängt, so ist das bedingt richtig und von der Post im Tarif auch insofern anerkannt, als die Gebühr für die Häufigkeit höher bemessen ist als die für das Gewicht. Ich führte vorhin schon an, 15 resp. 10 s für das Kilo.

»Keineswegs kann aber zugegeben werden, daß das Gewicht, das im Umfang auch Ausdruck findet, keinen Einfluß auf die Leistungen der Post ausübe.

»Meine Herren, ich habe Gelegenheit gehabt, schon öfter darauf hinzuweisen, und möchte die Herren nur bitten, einmal des Abends in irgend einer größeren Stadt, speziell in Berlin, zu sehen, wie die Postwagen durch den Umfang der Zeitungen in Anspruch genommen sind bis zum letzten Zoll, den wir überhaupt frei haben; in einem solchen Wagen ist alles belegt, und zweifellos spielt auch das Gewicht eine gewisse Rolle.

»Weiter ist noch befürchtet worden, daß die Post als Ermittlungszeit sich die zwei stärksten Wochen für die Festsetzung des Gewichts aussuchen werde. Man hat gesagt, man solle die Zeitungen sammeln und am Ende des Jahres das Gewicht feststellen. Ja, ich frage Sie, welche Häuser müßte der Reichstag bewilligen zu bauen, um die Zeitungen unterzubringen. (Sehr richtig! rechts.) Ich meine, das würde so ins Unermeßliche gehen, daß wir es ja gar nicht durchzuführen vermöchten. Ich bin aber sehr gern bereit, wenn in der Kommission bestimmte Wünsche geäußert werden, zu entsprechen.

»Bevor ich auf den Teil der Vorlage näher eingehe, welcher des Postzwanges und der Privatbeförderungsanstalten Erwähnung thut, möchte ich gleich hier noch auf die Tarifermäßigungen hinweisen, welche gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Gesetzes in Aussicht gestellt sind, weil diese Ermäßigungen zum Teil auf die Gesetzesvorschläge nicht ohne Einfluß gewesen sind. Es handelt sich um eine Ermäßigung der Ortsbriefgebühr für Berlin von 10 s auf 5 s und um eine Herabsetzung der Gebühren für Postkarten, Drucksachen, Warenproben im Orts- und Nachbarverkehr des Reichspostgebiets auf die Hälfte der Gebühren im Fernverkehr, bei Postkarten um mehr als die Hälfte, von 5 s auf 2 s. Der hierdurch entstehende Ausfall beläuft sich auf $1\frac{3}{4}$ Millionen plus 3 Millionen, also auf fast 5 Millionen Mark. In betreff der Ausdehnung des Postzwangs auf verschlossene